

## **Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.**

Wolfgang Kleindienst; stellvertr. Landesvorsitzender; 07381 Pößneck; Hohe Straße 13  
Tel. 03647 423223 --- Fax 03647 442046; Funk 0179 4992924; E-Mail: [kleindienst@birso.de](mailto:kleindienst@birso.de)

Pößneck, den 28.06.2003

### **Pressemitteilung**

Die *Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben* konnte am 26.06.2003 in Suhl ihre 9. Regionalkonferenz erfolgreich abschließen. Neben den inhaltlichen Schwerpunkten, wie Auswertung der Tiefenprüfung von Wasser- und Abwasserverbänden durch das Innenministerium oder der Behandlung des Altanlagevermögens im Rahmen der Kalkulationen von Gebühren und Beiträgen, hat die Bürgerallianz ihr verstärktes Arrangement zu den Kommunal- und Landtagswahlen 2004 in Thüringen bekräftigt. Ziel ist es, durch mehr kommunale Verbandsträger aus den eigenen Reihen, den Einfluß auf überhöhte Kommunalabgaben zu verstärken. Dabei wird die Bürgerallianz auch bestrebt sein, mit Vereinen, Verbänden oder Wählergemeinschaften zusammenzuarbeiten.

Schon in der kommenden Woche wird sich eine Bürgerinitiative in Wasungen gründen und sich uns anschließen. So können wir uns dann auch in Südthüringen noch mehr für unsere Bürger und unsere Wirtschaft einsetzen.

Die Landesregierung konnte in Suhl leider nicht dazu beitragen, daß die durch den neuen Ministerpräsidenten Althaus angekündigten verstärkten Bemühungen zur Entschärfung des Wasser- und Abwasserproblems gelöst werden, da kein Vertreter der Regierung und der CDU-Fraktion anwesend war. Dies führt unweigerlich zu dem Eindruck leerer Versprechungen, die ein „WAZOR 2“ vorprogrammieren.

Die Bürgerallianz hat in Suhl acht Forderungen aufgestellt und eine Resolution verabschiedet.

Dies wird dem Thüringer Innenministerium und der Landesregierung zugeschickt.

#### **Resolution**

Die Teilnehmer an der am 28.6.2003 in Suhl durchgeführten 9. Regionalkonferenz der *Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben* haben einmütig mit Unverständnis und Protest die Tatsache zur Kenntnis genommen, daß das Thüringer Innenministerium bei dieser wichtigen Veranstaltung nicht vertreten war.

Wenn schon der Herr Innenminister wegen dringender dienstlicher Obliegenheiten an seiner Teilnahme gehindert war, dann durfte erwartet werden, daß das von ihm geleitete Ministerium durch einen anderen kompetenten Vertreter repräsentiert wird. Das Fehlen eines solchen wurde als Brückierung und als Negierung des Anliegens der Bürgerallianz von allen Anwesenden auf dieser Konferenz empfunden. Immerhin war die Einladung rechtzeitig ergangen.

Die auf der Konferenz behandelte Thematik wurde bekanntlich auch vom neuen Ministerpräsidenten unseres Landes Thüringen in jüngster Zeit mehrmals als überaus wichtig bezeichnet.

Die Teilnehmer an dieser Regionalkonferenz fordern, daß zu den auf ihr unterbreiteten Vorschlägen, die dem Innenminister nach seinem Amtsantritt bereits unterbreitet worden sind, bis zum Ablauf des Monats Juli 2003 Stellung genommen wird, nachdem eine Beantwortung auf dieser Konferenz nicht erfolgte.

## **Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.**

Wolfgang Kleindienst; stellvertr. Landesvorsitzender; 07381 Pößneck; Hohe Straße 13  
Tel. 03647 423223 --- Fax 03647 442046; Funk 0179 4992924; E-Mail: [kleindienst@birso.de](mailto:kleindienst@birso.de)

### **Forderungen der Bürgerallianz – Suhl 28.06.2003**

1. Überprüfung der drei Wasser- und Abwasser-GmbHs OWA, SWA und NWA hinsichtlich der Auswirkungen auf die Zweckverbände Wasser- und Abwasser – Kosten die nach Recht und Gesetz unzulässig sind, müssen rückwirkend bis 1990 heraus gerechnet werden. Dabei müssen im Nachgang die Handlungsempfehlungen der Tiefenprüfung überarbeitet werden.
2. Offenlegen der Auswertungen der Ergebnisse der durchgeführten Tiefenprüfungen unter Einbeziehen der Bürgerallianz oder interessierter Interessenvertreter vor Ort.
3. Einbeziehen von Interessenvertretern in die Arbeit der neuen staatlichen Management GmbH, welche die Empfehlungen des Landes an die W/A-Verbände umsetzen soll.  
Interessenkonflikte von Mitarbeitern der Management GmbH müssen ausgeschlossen werden.
4. Schrittweise Abschaffung der Herstellungsbeiträge für Wasser und Abwasser – gezahlte Finanzbeihilfen dürfen nicht einer Gebührenrefinanzierung im Weg stehen.
5. Überprüfung der Verletzung von Pflichten in Zweckverbänden, Kommunalaufsichten, im Landesverwaltungsamt oder im Innenministerium, welche zu Amts- oder Staatshaftungsansprüche durch die Gemeinde führen können, in Bezug auf das BGH-Urteil vom 12.12.2002 (AZ III ZR 201/01), mit dem Resultat finanzieller und personeller Konsequenzen.
6. Kommunalaufsichten dürfen zukünftig nicht Satzungen der Zweckverbände genehmigen und anschließend Widerspruchsbehörde sein.
7. Überprüfung von Doppelfunktionen des Landesverwaltungsamtes und der Kommunalaufsichten unter dem Gesichtspunkt der Kosteneinsparung mit verkürzten Bearbeitungszeiten von Verwaltungsangelegenheiten.
8. Widersprüche und Klage gegen Kommunalabgaben müssen innerhalb eines Jahres entschieden sein. Die Bearbeitung von Widersprüchen muß kostenfrei werden.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kleindienst  
Stellv. LV Bürgerallianz